



Kleinmann: Bestehende Ferienregelung hat für Land Vor- und Nachteile

FDP/DVP-Landtagsfraktion lehnt Änderungsantrag der SPD ab - Der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion, Dieter Kleinmann, hat in einer Landtagsdebatte den Antrag der SPD abgelehnt, die Ferienregelung in Baden-Württemberg neu zu gestalten. Im Einzelnen sagte der bildungspolitische Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion:

„Was ist noch schöner als Schulferien? Die Diskussion über ihre Neuregelung. Mit dieser Vorbemerkung beziehe ich mich vor allem auf den 2. Punkt des Antrags der SPD: Wiedereinstieg Baden-Württembergs in das rollierende System der Sommerferienregelung. Zur Frage der Zerstückelung der Schulzeit im 2. Schulhalbjahr komme ich dann gleich anschließend. Nach jeder Änderung des rollierenden Systems passiert ziemlich genau dasselbe: Es erhebt sich lautstarker Protest, vorgetragen von einem gemischten Chor, nämlich dem Chor derjenigen, die – von Tourismusverbänden und ADAC bis hin zu Lehrerverbänden sowie Eltern- und Schülervertretungen – genau wissen, dass es so nun auf keinen Fall gehen wird. Bei der letzten Änderung des rollierenden Systems, nämlich der aus dem Jahr 2003 für die Zeit ab 2005 war es pikanterweise sogar so, dass sich mit Nordrhein-Westfalen sogar eines – und ausgerechnet das größte – derjeni-gen Länder in diesen Chor einreihete, die zuvor die beabsichtigte Änderung ausdrücklich gefordert hatten. Der ADAC hatte damals ein Verkehrschaos vorausgesagt, das dann so keineswegs eintrat – womit ich selbstverständlich nicht sagen will, dass es keine Staus gab. Auch das Klima-Argument wurde natürlich vorgebracht. Die feste Platzierung Baden-Württembergs mit Bayern außerhalb des rollierenden Systems regelmäßig am Ende des Sommerferienzeitraums wurde vom baden-württembergischen Landesschülerbeirat als „Skandal“ bezeichnet und mit der Forderung kommentiert: „Sollen doch andere im Winter an die Nordsee fahren!“ Im Juli werde es in den Schulen dazu kommen, dass „die Kugelschreiber kochen“. Im Sommer vergangenen Jahres haben sich – nun zugleich unter Bezug auf das Thema Klimawandel – verschiedene Lehrerverbände diesem Argument sinngemäß angeschlossen. Man sollte sich diesem Thema selbstverständlich auch unter dem Gesichtspunkt Ferienregelung nicht verschließen. Aber man sollte dabei schon seriös bleiben – ich kann auch sagen: man sollte die Kirche im Dorf lassen. Das Dorf, um das es dabei in diesem Fall geht, heißt für mich noch immer: im Vordergrund müssen die pädagogischen Fragen stehen. Erst dann kommen die anderen Interessen, so berechtigt sie ihrerseits selbstverständlich sind. Dazu gehören meiner Meinung nach die Aspekte des Tourismus. Aber die lassen sich, das muss man schon hinzufügen, letztlich auch unterschiedlich bewerten: ein Tourismus-Land, das in den großen Ferien selbst im Urlaub ist, hat Probleme. Die bestehende Regelung ist nach meiner Überzeugung für das Land Baden-Württemberg auch unter diesem Aspekt vorteilhaft, vor allem jedoch unter den pädagogischen Gesichtspunkten, die in

der Stellungnahme zum Antrag angeführt und richtigerweise in den Mittelpunkt gerückt sind. Etwas anders sehe ich die Dinge – ebenfalls unter pädagogischem Gesichtspunkt – in der Frage „Zerstückelung“ vor allem im zweiten Schulhalbjahr. Da ist schon etwas dran. Aber klar ist natürlich auch, dass dies – neben den beiden Feiertagen 1. Mai und Christi Himmelfahrt – vor allem mit den fünf beweglichen Ferientagen und deren Nutzung für Fasnets- oder Skiurlaub zusammenhängt. Das ist so nicht vorgegeben; das ist vielmehr Entscheidung der einzelnen Schule, und das heißt: es ist Entscheidung von Lehrern, Eltern und Schülern. Insbesondere vor diesem Hintergrund macht es sich die SPD mit ihrer Forderung an die Landesregierung, in Abstimmung (!) mit allen Beteiligten ein besseres Konzept vorzulegen, schon sehr einfach. Als Beteiligte nennt die SPD: Eltern, GEW, Lehrerverbände, Landesschülerbeirat „und andere“. Wer meint, die Interessen der genannten und nicht genannten Beteiligten unter einen Hut bringen zu können, der sollte sich nicht in vornehmer Zurückhaltung üben, sondern schon selbst einen konkreten Vorschlag machen. Die Forderung der FDP war, die Organisation des Schuljahres in Trimester aufzuteilen. Das ist etwas Neues. Dies würde in der Tat zu längeren Unterrichtsblöcken und für diese zu größeren Abständen zwischen den Ferienblöcken führen können. Wenn hierbei in der Gesamtsumme auch der eine oder andere Ferientag auf der Strecke bliebe, wäre das auch nicht unbedingt von Nachteil. Aber eine solche grundsätzlich andere Organisation des Schuljahrs zielt natürlich keineswegs nur auf die Frage der Ferien und ist in diesem Sinne nicht als „Schnellschuss“ zu erledigen. Auch vor diesem Hintergrund können wir dem Antrag der SPD nicht zustimmen.“ Hans Ilg Pressesprecher